

Presserklärung 24.11.2010

Kreisvorstand und Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Braunschweig nehmen zur Verurteilung des Ratsherrn Peter Rosenbaum (Amtsgericht Braunschweig, 05.11.2010) wie folgt Stellung:

„Wir halten es für ein Armutszeugnis des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung, dass sie ein Strafverfahren gegen einen unliebsamen Ratsherrn überhaupt eingeleitet haben. Die Ordnungswidrigkeiten, für die Peter Rosenbaum angeklagt wurde, sind im Wesentlichen Lappalien, bei denen kein nennenswerter Schaden entstanden ist. Insofern geht es offensichtlich bei der Strafanzeige um nichts anderes als die Durchsetzung von Macht.

Wie aus der Stellungnahme der Verwaltung zu dem Urteil eindeutig zu entnehmen ist, handelt es sich bei diesem Prozess um den Versuch, einen unbequemen politischen Gegner zu disziplinieren. Dieses Vorgehen ist für uns nicht akzeptabel. Dass Staatsanwaltschaft und Richter im Wesentlichen der Argumentation des Oberbürgermeisters gefolgt sind, finden wir hierbei bemerkenswert.

Im Fall des Ausbaus der Start- und Landebahn des Flughafens haben die Verwaltung, die Ratsmehrheit und die Flughafengesellschaft durch widersprüchliches Handeln und durch permanente Verschleierung der Tatsachen einen politischen Widerstand selbst provoziert. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass im Rahmen der Proteste gegen dieses sehr umweltschädigende Projekt Ordnungswidrigkeiten begangen werden, die in dem vorliegenden Umfang in unseren Augen ein legitimer Teil eines politisch motivierten Widerstandes sind. Weil aber dadurch kein tatsächlicher Schaden entstanden ist, besteht auch kein Anlass für eine Strafanzeige.

Wir fordern den Oberbürgermeister sowie die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH auf, die Anzeigen gegen den Ratsherrn Rosenbaum unverzüglich zurückzuziehen.

Ungeachtet dessen lehnen wir aber auch die Vorgehensweise von Peter Rosenbaum und einigen seiner Anhänger, einzelne Personen, die politische Verantwortung tragen, an ihrem Wohnort aufzusuchen und dort zu bedrängen, konsequent ab. Derartige Methoden sind für uns eine deutliche Grenzüberschreitung. Deshalb fordern wir auch Peter Rosenbaum dringend auf, zukünftig bei seinen Aktionen auf ein solches Vorgehen zu verzichten.“

**Holger Herlitschke, Fraktionsvorsitzender
Dr. Christa Karras, Vorstandssprecherin**